

Linksbündnis: Plädoyer für eine neues politisches Projekt

Ein Linksbündnis ist in der Diskussion. Noch stehen im Vordergrund der Debatte die Hindernisse, und über seine politischen Inhalte wird praktisch und konkret kaum diskutiert. Doch der Paradigmenwechsel ist absehbar, vor allem weil sich auch ein gesellschaftlicher politischer Paradigmenwechsel anbahnt.

Natürlich ist eine rot-rot-grüne Koalition 2009 noch höchst unwahrscheinlich. Doch das liegt sicherlich nicht daran, dass eine Linkspartei unter Oskar Lafontaine für die SPD nicht akzeptabel ist. Die Probleme liegen auf anderen Gebieten: Zum einen findet eine solche Koalition, insbesondere die Beteiligung der Linken, in der Bevölkerung bisher nur relativ geringe Akzeptanz. Zum anderen gibt es bisher keine inhaltliche Basis für ein alternatives Projekt, das mehr wäre als eine bescheidene Korrektur neoliberaler und unsozialer Auswüchse. Schließlich und vor allem gibt es bisher hinreichenden geistigen Wandel in der Gesellschaft und keine wirkungsvolle gesellschaftliche Bewegung, die die schwierige und weitreichende Veränderung tragen könnte.

Doch ob 2009 oder erst 2013: Es gibt eine Möglichkeit, eine drängende Notwendigkeit und eine Perspektive für ein Linksbündnis. Es ist Zeit, seine Bedingungen und Inhalte vorzubereiten, damit es mehr ist als eine arithmetische Mehrheit, eine Mehrheitsbeschaffung für die SPD oder eine Koalition, die lediglich einige unsoziale und andere Auswüchse der aktuellen Politik korrigiert – ein realistisches, aber langfristiges und strategisches Projekt einer politischen Alternative zum Neoliberalismus.

Der in den vergangenen Jahrzehnten auch in der Bundesrepublik erst geistig, dann politisch, wirtschafts- und sozialpolitisch und schließlich auch kulturell durchgesetzte Neoliberalismus, Freiheit im Sinne der Wirtschaft, des Marktes, des Wettbewerbs, der Deregulierung, ist offensichtlich in der Krise. Er hat die Gesellschaft der Bundesrepublik weitreichend verändert. Er hat sicherlich nach den Stagnationstendenzen in der alten Bundesrepublik vor 1989 gewisse, wie auch immer zu bewertende, Anpassungs- und Reformpotenziale freigesetzt. Doch scheinen die inzwischen weitgehend ausgeschöpft zu sein. Er ist in einer Krise seiner Legitimität, wie nicht nur breite Stimmungen in der Bevölkerung, die Umfrageergebnisse der Linkspartei, sondern auch politisch-programmatische Veränderungen in der SPD, bei den Grünen, sogar in der CDU/CSU zeigen.

Nicht nur gemessen an seiner ökonomischen Reformfähigkeit und gesellschaftlichen Akzeptanz oder gemessen an Wahlergebnissen scheint der Neoliberalismus seinen Zenit überschritten zu haben. Forderungen nach der Reform von Hartz IV, der Rente mit 67, einer neuen Verteilungsgerechtigkeit oder einer grundlegend veränderten Afghanistanpolitik, einschließlich des Rückzugs der Bundeswehr finden in Umfragen eine deutliche Zustimmung.

Eine strukturelle, wenngleich politisch und kulturell sehr heterogene und politisch weitgehend passive kulturelle Mehrheit ist nicht nur jenseits von CDU/CSU und FDP, sondern auch jenseits des Neoliberalismus möglich geworden. Abstrakt sind Notwendigkeit, Möglichkeit und soziale sowie politische Träger einer anti-

neoliberalen Alternativen entstanden. Konkret, praktisch und geistig-kulturell ist sie jedoch noch schwach.

Ihre Notwendigkeit hat nach meiner Überzeugung umfassenden Charakter angenommen. Die wirtschaftspolitischen Reformen der vergangenen zwei Jahrzehnte erweisen sich selbst in der gegenwärtigen Konjunktur als unzureichend und kontraproduktiv, vor allem aber sind sie zur akuten Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, der Grundlagen für Individualität und ein selbstbestimmtes Leben, Kultur und Natur, die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union und zu einer wesentlichen Ursache für die Verschärfung internationaler Konflikt- und Kriegsgefahren geworden.

Exemplarisch möchte ich nur eine Frage diskutieren und auf das qualitativ neue Ausmaß und die Konsequenzen gesellschaftlicher Spaltung, sozialer Ausgrenzung und Ungerechtigkeit verweisen. Die soziale Polarisierung und Kluft hat ein neues Niveau angenommen. Die sozialen Folgen nehmen zerstörerischen Charakter an. Nach Angaben aus dem „Kinderreport Deutschland 2007“ des Kinderhilfswerks hat sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Jungen und Mädchen in nur drei Jahren auf mehr als 2,5 Millionen verdoppelt. Jedes sechste Kind im reichen und noch reicher gewordenen Deutschland ist darauf angewiesen.

Seit geraumer Zeit, aber viel zu spät und mit allem andere als ausreichenden Schlussfolgerungen, haben wir eine politische Diskussion über die Probleme der Desintegration und Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, nachdem die bildungspolitischen, sozialen und anderen Probleme einen akuten und offenkundigen Charakter angenommen hatten. Die Sozialpolitik der vergangenen Jahre, insbesondere der Agenda 2010 und der Hartz-IV-Konsequenzen, führt jedoch inzwischen auch für viele andere Menschen zu einer ähnlichen Situation, ohne dass es darüber eine wirkliche Debatte gibt. Ihre sozialen und anderen Folgen werden kaum zur Kenntnis genommen. Trotz der wirtschaftlichen Konjunktur und der deutlichen Verringerung von Arbeitslosenzahlen, sind viele Millionen Menschen in der Bundesrepublik in prekären und unsicheren Arbeitsverhältnissen, im Niedriglohnsektor oder beziehen das Arbeitslosengeld I beziehungsweise II. Allein 440 Tausend Menschen erhalten ALG II, obwohl sie einen Vollzeitjob haben.

Aus dieser Situation entsteht vor allem für ihre Kinder ein Teufelskreis, der von sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung, zu wesentlich geringeren eigenen Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplatzchancen, perspektivisch für viele von ihnen wie bei ihren Eltern zu Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Sozialhilfe und schließlich zu Altersarmut führen wird. Wir haben eine Verfestigung und Reproduktion sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung, die für die Betroffenen dramatisch und gesellschaftlich nicht akzeptabel ist.

Es entsteht eine millionenstarke neue Klasse der Ausgegrenzten und sozial Entscherten, die in ihrer Heterogenität zwar kaum eine gesellschaftliche Widerstandsmacht entwickeln können wird, doch auch für die Gesellschaft wird diese Politik bedrohlich werden. Gesellschaftliche Spaltung hat nicht nur einen hohen individuellen Preis. Sie zerstört Demokratie und demokratische Wertorientierung, Solidarität, Gemeinsinn und Toleranz. Sie schwächt auch demokratisch notwendige gesellschaftliche Gegenkräfte wie die Gewerkschaften oder die Sozialverbände.

Die gesellschaftliche Bedrohlichkeit dieser Situation ist weit über die Linke, SPD, Gewerkschaften oder globalisierungskritische Bewegungen hinaus bekannt und wird selbst in der CDU/CSU durchaus zur Kenntnis genommen. Doch sie zu ändern, das eben ist die offensichtlich für andere politische Kräfte nicht überwindbare Hürde, erfordert den Bruch mit einer Politik, die den Markt und die totale Vermarktung, die Profite der Großunternehmen und den internationalen Freihandelskapitalismus zum Koordinatensystem fast aller gesellschaftlichen Orientierungen gemacht hat. Dazu wird nur ein Linksbündnis in der Lage sein. Es ist zum gesellschaftlichen Erfordernis geworden, und dass seine politischen und parteipolitischen Möglichkeiten noch so gering sind, ist angesichts der sozialen Situation von Millionen Menschen, die von ihren Lebenschancen enteignet werden, und angesichts der gesellschaftlichen Spaltung, der radikalen ökologischen und internationalen sicherheitspolitischen und anderen Wandlungserfordernisse nicht verantwortbar.

Ein Linksbündnis mit einem alternativen politischen Projekt wird Gegenstand des Wettbewerbs zwischen seinen potenziellen Partnern sein müssen. Die Linkspartei wird zu einer Doppelstrategie von Auseinandersetzung mit der SPD und achtungsvollem Dialog mit ihr fähig und bereit sein müssen. Es ist eine gemeinsame und letztlich auch öffentliche Debatte um sehr konkrete Inhalte, realistische Schritte und weiterreichende (über eine Legislaturperiode hinausreichende) Ziele einer Alternative notwendig, beispielsweise wie eine Reform von Hartz IV zu sozialer Inklusion und zu neuen beschäftigungspolitischen Perspektiven mit existenzsichernden Bedingungen getrieben werden kann, Vorstellungen bedarfsabhängiger aber auch bedarfsunabhängiger Grundsicherung in längerer Perspektive eingeschlossen. Ähnliches muss hinsichtlich der sozialen Sicherungssysteme, ihrer Sozial- und Zukunftsfähigkeit, eines europa-, umwelt- und energiepolitischen Wandels und einer zivileren und solidarischeren internationalen Politik erfolgen. In der letzten Frage werden sich die größten Probleme ergeben, für die sich gegenwärtig noch keine Lösungen abzeichnen. Zugleich muss ohnehin um ein anderes geistiges und politisches Klima in Deutschland gerungen und es erreicht werden. Ansonsten würde einem Linksbündnis jeder strategische Atem fehlen.

Meine Partei, Die Linke., wird dabei das Schlüsselproblem ihres Platzes im deutschen politischen und Parteiensystem anpacken und lösen müssen: Konsequenter Realismus und Bündnisfähigkeit mit einem dauerhaften, für Millionen Wählerinnen und Wähler überzeugendem Profil jenseits der Sozialdemokratie verbinden müssen. Die schwierigsten Probleme werden Die SPD wird vor der Frage stehen, ob sie sich aus der strategischen Falle einer bloßen Gegnerschaft zur Linken und koalitionspolitischen Bindung an die CDU befreien kann und will. Doch, wenn sie dazu nicht bereit wäre, drohte ihr langfristig die politische Marginalisierung. Fast nichts ist gelöst. Doch nicht endlich mit einer politischen Diskussion anzufangen, ist nicht verantwortbar und politisch kurzsichtig, wenn man mehr will als eine numerisch möglich Koalition. Zumindest die Linkspartei wird nur auf der Grundlage eines strategisch alternativen Projektes koalitions- und behauptungsfähig sein.

